



Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Martin Böhm, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Wettbewerbsverzerrende Konzentrationsprozesse durch Corona-Konjunkturmaßnahmen verhindern – KMU aktiver fördern I

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, Klein(st)betriebsregelungen bei allen geeigneten Gesetzen und Auflagen einzuführen.

Begründung:

Die beste Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb und damit effiziente Marktlösungen ist ein breiter Mittelstand mit einer Vielzahl leistungsstarker und innovativer kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU laut EU-Empfehlung 2003/361).

Infolge der Corona-Wirtschaftskrise haben KMU mehr Schwierigkeiten, sich am Markt zu halten, als Großunternehmen. Bei den bayerischen Großunternehmen beträgt der erwartete Umsatzeinbruch im Schnitt 17 Prozent. Bei den Klein(st)unternehmen ist er mit 30 Prozent fast doppelt so hoch. KMU leiden eher an den bürokratischen Vorschriften und gesetzlichen Hygienevorgaben, welche die Geschäftstätigkeit einschränken¹. Mit den Infektionsschutzvorgaben ist das Regelungsdickicht noch gewachsen. Besonders die kleinen und mittleren Unternehmen ohne entsprechende Fachabteilungen sind von der Vielzahl an Vorschriften, Dokumentationspflichten, Antrags- und Genehmigungsverfahren häufig überfordert. Die dafür aufgewendete Zeit fehlt für die eigentliche Arbeit und um das Unternehmen strategisch weiterzuentwickeln und Innovationen zu realisieren.

Aus diesem Grund benötigt es die Einführung von Klein(st)betriebsregelungen oder die Freistellung bei allen geeigneten Gesetzen und Auflagen, vor allem in den Bereichen Sozial- und Arbeitsrecht, Arbeitssicherheit, Datenschutz sowie Umweltrecht.

¹ ifo Institut (2020). Vorschlag für ein wirtschaftspolitisches Konjunkturprogramm für Bayern. URL: https://www.ifo.de/DocDL/ifo-studie-gutachten-stmwi-12052020_endbericht.pdf